



ZDF/Frontal21  
29.07.2008

ZDF  
Die Sicherung  
des Endlagers  
Morsleben wird  
teuer für die  
Steuerzahler.



## Nebenkosten exklusive

### Die Lüge vom billigen Atomstrom

von *Steffen Judzikowksi und Christian Rohde*

Atomstrom sei billig, behaupten die Befürworter von Atomstrom - und lassen dabei milliardenschwere Nebenkosten unberücksichtigt. Die werden auf die Allgemeinheit abgewälzt. Zum Beispiel beim Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) in Sachsen-Anhalt. Die Kosten für den Gesamtverschluss des ehemaligen Salzbergwerks betragen nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) mindestens 2,2 Milliarden Euro. Diese Ausgaben übernimmt der Staat.

Die Energieversorger selbst hätten im Vergleich dazu nur einen sehr geringen Beitrag für die Entsorgung ihres Atommülls gezahlt, stellt der Präsident des BfS, Wolfram König, gegenüber Frontal21 fest. Von 1994 bis 1998 seien insgesamt 138 Millionen Euro Gebühren eingenommen worden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wiegelt ab, antwortet auf Nachfrage von Frontal21, man müsse die geschichtliche Entwicklung des Endlagers betrachten. Schließlich liege es im Osten, im Gebiet der Neuen Bundesländer. "Das ist ja nicht alles von der westdeutschen Energiewirtschaft verursacht", sagt Merkel.

### Atommüll aus Westdeutschland

Dabei genügt schon ein Blick auf die "geschichtliche Entwicklung des Endlagers", um zu einem ganz anderen Ergebnis als die Bundeskanzlerin zu kommen. Denn von Beginn der Einlagerung 1971 - zu DDR-Zeiten - bis 1991 wurden in dem Lager rund 14.400 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle entsorgt. Dagegen wurden nach der Wiedervereinigung in einer zweiten Einlagerungsphase von 1994 bis 1998 rund 22.300 Kubikmeter Abfälle eingelagert, unter anderem Atommüll aus westdeutschen Kernkraftwerken. Das Endlager ist heute ein Sicherheitsrisiko. Im schlimmsten Fall könne

Wasser eindringen und radioaktive Stoffe lösen, warnt Wolfram König. Damit könne auch das Grundwasser verseucht werden.

## **Göppel: Kernenergie keine Lösung**



Bislang gibt es weltweit kein funktionierendes Endlager für hochradioaktiven Müll. Dennoch setzt Kanzlerin Merkel weiter auf Atomstrom. "Da glaube ich, dass die Kernenergie aus deutscher Sicht eine Energiequelle ist, bei der wir nicht angesichts des technischen Zustands unserer Kraftwerke sagen sollten, in zwölf Jahren sind wir aus diesem Bereich völlig ausgestiegen", sagt sie.

ZDF

Josef Göppel warnt vor Risiken der Kernenergie.

Doch jetzt wird auch in der Union erstmals Kritik laut am Atomkurs der Kanzlerin. "Die Kernenergie kann nicht die Energieprobleme der Zukunft lösen. Vor allen Dingen beschränkt sie sich nur auf einen Teilbereich, nämlich die Stromerzeugung, das ist der erste Punkt", sagt der Umweltobmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Josef Göppel gegenüber Frontal21. "Der zweite Punkt ist, dass die Endlagerung in keinem Land der Erde gelöst ist. Und der dritte Punkt ist das große Risiko, das mit dieser Technologie verbunden ist."

## **Atomindustrie: angemessen gezahlt**

Die Vertreter der Atomindustrie behaupten unterdessen weiter Umwelt- und Kostenvorteile. Atomenergie sei zwar kein Heilsbringer, meint der Präsident des Deutschen Atomforums, Walter Hohlefelder, aber sie könne angesichts steigender Energiekosten und Klimaschäden einen Beitrag leisten.

Gegenüber Frontal21 weist er den Vorwurf zurück, die Atomindustrie habe sich auf Kosten der Steuerzahler ihrer Abfälle entledigt. Der Preis, den die Industrie für die Einlagerung gezahlt habe, sei angemessen gewesen und habe anteilig auch die Kosten der Stilllegung beinhaltet. Hohlefelder hatte nach der Wende mit dafür gesorgt, dass Morsleben der westdeutschen Atomwirtschaft offenstand. Allerdings damals noch auf der Seite der Politik, denn unter CDU-Kanzler Helmut Kohl war er Abteilungsleiter Endlagersicherheit und blieb es bis 1994. Heute ist er Cheflobbyist der deutschen Atomwirtschaft.

ZDF

In unterirdischen Hohlräumen sind in Morsleben Atommüll-Fässer gelagert



## **Sicherheitsbedenken ignoriert**

Nach der Wende kam den Energieversorgern die Endlagerung in Morsleben gerade recht, meint Peter Dickel von der Bürgerinitiative Morsleben-Netzwerk. "Faktisch ist es so gewesen, dass in den 90er Jahren die Atomkraftwerke voll standen mit Betriebsabfällen, die von der Bildfläche verschwinden sollten", sagt Dickel. "Es war nicht in Sicht ein Endlager,

was im Westen genehmigt werden könnte, und da waren die Kraftwerksbetreiber heilfroh, ihren Müll hier los zu werden, für wenig Geld."

Sicherheitsbedenken und Proteste der Anwohner habe es damals bereits gegeben, stellt Dickel fest. "Wir haben kritisiert, dass die Anlage einfach nicht geeignet ist", sagt der Atomkraftgegner. Seit mehr als 30 Jahren kämpft er gegen die Endlagerung in der Region - auch die Anlage in Morsleben. "Sie ist zu groß, falsch gebaut, es ist ein Wirtschaftsbergwerk und kein Endlagerbergwerk: Da sind Wasser führende Schichten, es bröckelt auseinander, da kann man nicht einlagern und vor allem keine Langzeitsicherheit garantieren."

### **Merkel setzt Nutzung durch**

Auch das Umweltministerium Sachsen-Anhalt hatte Mitte der 90er Jahre Bedenken gegen die Ausweitung und Art der Entsorgung im ERAM. Unter anderem sah das Ministerium die Standsicherheit des ehemaligen Bergwerks gefährdet, wenn Abfallfässer mit mehr als 400 Kilogramm Gewicht in Hohlräume fallen. Bei der so genannten Abkipptechnik werden die Fässer von oben in den Hohlraum geworfen und nicht unterirdisch gestapelt.

Doch die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel schob die Bedenken der Landesregierung Sachsen-Anhalt beiseite und gab 1997 die Weisung, "den zur Optimierung des laufenden Einlagerungsbetriebes geplanten Versturz von Abfallfässern bis 1.100 Kilogramm in dem Endlager [...] nicht weiter zu blockieren."

### **"Atomenergie konkurrenzlos teuer"**

So wurde trotz aller Bedenken weiter radioaktiver Müll in die Hohlräume des Bergwerks gefüllt - eine gefährliche Hinterlassenschaft für Gegenwart und Zukunft. Die Kosten für die Absicherung der Atomrisiken tragen vor allem die Bürger. "Faktisch ist Atomenergie konkurrenzlos teuer", kritisiert deshalb Peter Dickel.

"Insbesondere wenn man das sieht, was in Deutschland nicht die Konzerne zahlen - die damit Profite machen - sondern was die Steuerzahler zahlen."

Unter anderem kostete auch die Stilllegung des ehemaligen Salzbergwerks Asse II und die Sicherung alter Atomforschungseinrichtungen mehrere Milliarden Euro. "Das sind alles Kosten, die nicht eingerechnet werden in den Strompreis, die wir aber alle bezahlen müssen."

**Mit Material von ZDF**

**Quelle: <http://frontal21.zdf.de/>**